

02.10.2018

Sehr geehrte Damen und Herren,

Ministerpräsident Dr. Markus Söder hat eine herausragende Regierungserklärung zur Situation in Bayern im Landtag abgegeben. Neben der Schaffung von Arbeitsplätzen hob er den Erfolg des Freistaates bei den Themen Sicherheit und Bildung hervor. Ein Regierungswechsel könne sich zum Nachteil für ein Land entwickeln, wie man am Beispiel von Baden-Württemberg sehe.

„Entwicklung funktioniert nicht mit Strangulierungsgesetzen und Verboten, wie sie die Grünen planen, sondern indem man Vorschriften abbaut.“ Mit diesen Worten kommentiert Thomas Kreuzer, Vorsitzender der CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag, jüngste Äußerungen der Grünen-Fraktionsvorsitzenden.

Mehr lesen Sie in meinem Newsletter.

Ihr



Inhalt:

- » Regierungserklärung von Ministerpräsident Dr. Markus Söder
- » Aktuelle Stunde zum Thema Mobilfunk
- » Freiheit fördern und Gesetze abbauen – Abgrenzung von Verbotspolitik der Grünen
- » Familiengeld schafft maximale Wahlfreiheit – Opposition entlarvt sich mit unsozialer Politik
- » Kita-Beiträge abschaffen? Gratis-Mentalität von SPD und FW geht in die falsche Richtung
- » Schulgeldfreiheit für Heilmittelerbringer – Bayern geht für den Bund in Vorleistung
- » Bessere Pflege - Wir reden nicht nur, sondern handeln!

Regierungserklärung von Ministerpräsident Dr. Markus Söder



„Bayern ist Musterland und Blaupause für andere“, begann Ministerpräsident Dr. Markus Söder seine Regierungserklärung im Bayerischen Landtag. Der Arbeitsmarkt sei nur ein Beispiel unter vielen für den bayerischen Erfolg: „Wir haben in den letzten zehn Jahren über eine Million Arbeitsplätze geschaffen. Wir haben Vollbeschäftigung in fast allen Regionen“, so Söder. Ob beim Thema Sicherheit, Wirtschaft oder Bildung - kein anderes Land sei so erfolgreich wie der Freistaat, bekräftigte er. Das sei kein Zufall, so der Ministerpräsident, „sondern das Ergebnis einer langfristigen, stabilen Politik in Bayern.“ Ein Regierungswechsel könne sich zum Nachteil für ein Land entwickeln. Das sehe man zum Beispiel im Nachbarland Baden-Württemberg, das von seiner Entwicklung langsam aber sicher hinter andere Bundesländer zurückfalle. „Meine tiefe Überzeugung ist: Volksparteien werden dringender denn je gebraucht. Denn nur sie sind Garant für Stabilität. Nicht Ego first, sondern Gemeinwohl, Ausgleich und Kompromiss - das bietet Bayern mehr als jedes andere Land in Deutschland.“ „Wir wollen modern sein und weltoffen, aber gleichzeitig bayerisch bleiben“, beschrieb Söder einen neuen Heimatbegriff. „Jede Woche zeigen wir, dass der Freistaat Bayern handlungsfähig ist. Jede Woche legen wir politische Konzepte zur Lösung von Problemen vor“, so Söder. „Wir machen Zukunft - jeden Tag ein Stückchen mehr.“

Die Regierungserklärung von Ministerpräsident Dr. Markus Söder in voller Länge sehen Sie [hier](#)!

CSU-Fraktionsvorsitzender Thomas Kreuzer hob in seiner Rede im Plenum die bedeutenden Weichenstellungen hervor, die die Bayerische Staatsregierung in den vergangenen Monaten und Jahren vorgenommen habe. Sie hätten dazu beigetragen, die Lebenssituation vieler Menschen in Bayern ganz konkret zu verbessern: „Söder macht´s und die Opposition schaut hilflos und ideenlos zu.“ Der erhobene moralische Zeigefinger und die Selbstgefälligkeit der SPD seien völlig ohne Hintergrund, so Kreuzer an die Adresse der SPD-Fraktionsvorsitzenden Natascha Kohnen. Kohnen sei Mitglied einer Partei ohne klare Linie. Beim Thema Asylpolitik zum Beispiel warf er Kohnen vor, „aus der Asylkrise nichts gelernt haben“. Anstatt Bayern schlechtzureden, solle die Opposition endlich anerkennen, dass der Freistaat ohne die CSU nicht das erfolgreichste Bundesland wäre. „An ihren Taten sollt Ihr sie erkennen!“ - Dieses Zitat aus dem 1. Johannes-Brief nahm Kreuzer zum Anlass, diejenigen Bundesländer und ihre Bilanz ins Visier zu nehmen, in denen SPD und Grüne Verantwortung tragen und warnte gleichzeitig davor, den Spitzenplatz Bayerns durch Regierungs-Experimente zu gefährden.

Den Redebeitrag von Thomas Kreuzer finden Sie [hier](#)!

„Ministerpräsident Söder hat heute die Hand ausgestreckt, um gemeinsam etwas zu tun gegen die Spaltung im Land. Und Sie haben sie ausgeschlagen“, warf Markus Blume in seinem Redebeitrag der Opposition im Landtag vor. „Sie spalten dieses Land, indem sie anstelle eines Arguments nicht ein Gegenargument setzen, sondern die moralische Keule.“ Er forderte die Opposition auf, die ideologische Parteibrille abzunehmen: „Wenn sie Vertreter des Volkes wären und nicht nur Vertreter einer Partei, dann würden Sie aufhören, dieses Land schlecht zu reden. „Demokratie ist ein Wettbewerb der Ideen! Stattdessen betreiben sie einen Wettbewerb der Herabsetzung“, betonte er.

Den Redebeitrag von Markus Blume können Sie sich [hier](#) anschauen!

Foto: Kerstin Wies

Aktuelle Stunde zum Thema Mobilfunk



Das Thema Mobilfunk stand im Mittelpunkt der Aktuellen Stunde der Plenarsitzung. Viel ist in den letzten Jahren erreicht worden, beispielsweise eine deutliche Kostenreduzierung bei der Telefonie oder der Wegfall der Roaming-Gebühren bei Telefonaten im Ausland.

Um das Mobilfunknetz zu verbessern, nimmt Bayern als einziges Bundesland Geld in die Hand und stellt im Rahmen des Mobilfunkpakts 80 Millionen Euro zur Verfügung. Gemeinsam mit Kommunen und Mobilfunknetzbetreibern will Bayern dafür sorgen, dass bis 2020 allein in sogenannten weißen Flecken mindestens 1.000 neue Sendestandorte entstehen.

[Redebeitrag von Erwin Huber](#)

[Redebeitrag von Klaus Holetschek](#)

[Redebeitrag von Klaus Stöttner](#)

[Redebeitrag von Staatsminister Franz Josef Pschierer](#)

Foto: CSU-Fraktion

Freiheit fördern und Gesetze abbauen – Abgrenzung von Verbotspolitik der Grünen



„Wir haben Bayern zum Hightech-Land entwickelt, damit auch künftige Generationen so erfolgreich und gern in Bayern leben wie wir. Dafür braucht es einen leistungsfähigen Staat, der mit wenigen klaren Vorschriften auskommt und die Kraft hat, sich selbst zu beschränken. Entwicklung funktioniert nicht mit Strangulierungsgesetzen und Verboten, wie sie die Grünen planen, sondern indem man Vorschriften abbaut.“ Mit diesen Worten kommentiert Thomas Kreuzer, Vorsitzender der CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag, jüngste Äußerungen der Grünen-Fraktionsvorsitzenden. „Verbote schränken die Menschen ein. Die Grünen irren mit ihrer Annahme, dass Fahrverbote, Bauverbote, Tempolimits und Zwangsvermietungen diesem Land etwas Gutes tun.“

[Weiterlesen](#)

Foto: Judith Haeusler

Familiengeld schafft maximale Wahlfreiheit – Opposition entlarvt sich mit unsozialer Politik



„Es ist schäbig und entlarvend, dass die Oppositionsfraktionen im Bayerischen Landtag das bayerische Familiengeld nicht unterstützt haben. Damit finden es SPD, Grüne und Freie Wähler also offensichtlich in Ordnung, gerade den einkommensschwächeren Familien und ihren Kindern das Familiengeld zu verweigern. Das ist unsoziale Politik.“ So kommentiert Thomas Huber, stellvertretender Vorsitzender des Arbeitskreises Arbeit und Soziales, Familie und Integration der CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag, die ablehnenden Haltungen zum Dringlichkeitsantrag „Bayern ist Familienland – Bayerisches Familiengeld für alle Familien“.

Mit dem Bayerischen Familiengeld erhalten Familien mit ein- und zweijährigen Kindern pro Kind und Monat 250 Euro, ab dem dritten Kind sogar 300 Euro. „Aufgrund solcher bundesweit einmaligen Leistungen ist Bayern Familienland Nummer 1“, betont Tanja Schorer-Dremel, Vorsitzende der Kinderkommission des Bayerischen Landtags und Mitglied der CSU-Fraktion. „Das Familiengeld garantiert unseren Familien maximale Wahlfreiheit. Wir setzen nicht nur auf ein Betreuungsmodell, sondern geben den Familien eigenen Gestaltungsspielraum. Wir setzen auf direkte Entlastung statt auf ein vorgeschriebenes Betreuungsmodell.“ Parallel dazu werde das Betreuungsangebot etwa mit einer Qualitätsoffensive für bayerische Kitas weiter gestärkt. Bis zum Jahr 2020 sollen außerdem bis zu 30.000 neue Kita-Plätze geschaffen werden. Auf Bundesebene hat die CSU erfolgreich die Erhöhung des Kindergelds und des Kinderfreibetrags durchgesetzt.

[Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion](#)

Foto: Halfpoint - istockphoto.com

Kita-Beiträge abschaffen? Gratis-Mentalität von SPD und FW geht in die falsche Richtung



Eine volle Kostenfreiheit von Kitas lehnen wir ab. Schon jetzt weiß man aus den Bundesländern, die eine volle oder weitgehende Kostenfreiheit haben, dass dort massive Qualitätsprobleme entstehen und massiv Fachkräfte fehlen. Das wollen wir nicht, und das wollen auch die Eltern nicht! Wir wollen deshalb weiter in die Qualität der Betreuung und in eine gute Ausstattung mit Fachkräften investieren.

Wir werden weiterhin hervorragende Förderbedingungen für unsere Kommunen bieten, zum Beispiel 2.000 zusätzliche Tagespflegepersonen für die Kitas finanzieren und 10.000 neue Hortplätze schaffen. Damit ermöglichen wir den Trägern auch, qualifiziertes Personal einzustellen

und angemessen zu bezahlen. Das ist kein Wahlkampfgetöse wie die Beitragsfreiheit, sondern der verantwortliche Einsatz von Ressourcen.

Alle Kinder in Bayern können eine Kita besuchen, unabhängig vom Einkommen der Eltern. Der Freistaat leistet im letzten Kindergartenjahr einen Beitragszuschuss von **100 Euro pro Monat**. Das bedeutet für viele fast ein beitragsfreies Kindergartenjahr. Außerdem zahlt der Freistaat Bayern seinen Familien seit 1. September 2018 mit dem Familiengeld eine bundesweit einzigartige Leistung aus. Wir geben den Familien mit ein- und zweijährigen Kindern in Bayern mit dem Bayerischen Familiengeld 250 Euro pro Kind und Monat und ab dem dritten Kind 300 Euro in Hand. Das sind **6.000 bis 7.200 Euro** pro Kind vom Staat und damit eine deutlich bessere Förderung, als den Kitabeitrag abzuschaffen.

Familien können im Freistaat Bayern selbst entscheiden, wofür sie das Familiengeld einsetzen – für eine massive Entlastung bei Kita-Beiträgen oder eben für etwas anderes. Das verstehen wir unter familienfreundlicher Politik: Spielraum für eigene Gestaltung!

Foto: Pixabay

Schulgeldfreiheit für Heilmittelerbringer – Bayern geht für den Bund in Vorleistung



Die Schulgeldfreiheit für die Heilmittelerbringer kommt! „Wir müssen Anreize schaffen, dass wieder mehr junge Menschen Gesundheitsfachberufe ergreifen. Deshalb brauchen wir die Schulgeldfreiheit auch für die angehenden Heilmittelerbringer“, sagt Bernhard Seidenath, gesundheitspolitischer Sprecher der CSU-Fraktion. Auf Betreiben der CSU hin wurde im Koalitionsvertrag der Bundesregierung die Abschaffung des Schulgeldes für die Ausbildung in den Gesundheitsfachberufen vereinbart. Für die Zeit bis zum Inkrafttreten bundesrechtlicher Regelungen geht Bayern jetzt in Vorleistung. „Wir werden die Schulen solange in den sogenannten Pflegebonus mitaufnehmen, wie der Bund nicht tätig wird.“ Umgesetzt werden soll dies zum zweiten Schulhalbjahr 2018/2019.

[Weiterlesen](#)

Foto: Andrey Popov - istockphoto.com

Bessere Pflege - Wir reden nicht nur, sondern handeln!



Den Pflegeberuf attraktiver machen, mehr Menschen für den Pflegeberuf begeistern und Angehörige besser unterstützen - dieser Dreiklang ist das Herzstück unseres Pflege-Pakets, das im Haushaltsausschuss mitberaten wird und nächste Woche im Plenum zur Abstimmung steht.

„Das Thema Pflege betrifft viele Menschen. Fakt ist: Wir reden nicht nur über Pflege, sondern handeln auch und bieten Antworten für diese entscheidende soziale Frage. Die Leistung, die unsere Pflegekräfte tagtäglich erbringen, muss auch auf dem Gehaltszettel sichtbar werden“, so Bernhard Seidenath, Vorsitzender des Arbeitskreises für Gesundheit und Pflege der CSU-Fraktion. „Wir stärken die stationäre, die ambulante und die häusliche Altenpflege. Wir wollen den eklatanten Fachkräftemangel abmildern. Das wollen wir mit unserer Initiative erreichen.“

[Zu unserem Pflege-Paket](#)

[Soziales Bayern - Unsere Bilanz](#)

Foto: DragonsImages - istockphoto.com

» **Newsletter-Service**

Möchten Sie den Newsletter nicht mehr erhalten, senden Sie bitte eine E-Mail an: wuerzburg@csu-bayern.de

Über Anregungen und Kritik freuen wir uns: buero@mdl-laendner.de

Noch mehr Neuigkeiten erfahren Sie hier: <http://www.manfred-laendner.de>

» **Impressum**

Manfred Ländner, MdL
Schwarze Äcker 85 - 97273 Kürnach
Tel.: 0931/70 52 96 01, Fax: 0931/70 52 96 03
<http://www.manfred-laendner.de> - E-Mail: buero@mdl-laendner.de
